

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13008. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Insertenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Fort mit Belagerungszustand und Sondergerichten!

Am 6. April hat die unabhängige Sozialdemokratie im Reichstags ihren Antrag auf Aufhebung der Ausnahmezustände und des Belagerungszustandes eingebracht. Seine Beratung vor der Vertagung des Reichstages ist durch eine bürgerliche Mehrheit verhindert worden. Das hätte die Regierung Wirth natürlich nicht zu hindern brauchen, die Forderung zu erfüllen, dem weiteren Willen der schändlichen Nachfolgers der Ausnahmezustände durch Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten Einhalt zu tun. Sie hat sich dazu nicht aufschwingen können, obgleich in ihr Reichstagskabinett ist gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, deren Hauptgegenstand die Reparationsfrage bildete.

Der Reichstag tritt in wenigen Tagen wieder zusammen. Die Regierung wird ihr Programm entwickeln. Dazu gehört, daß sie in erster Linie zu dieser Forderung klare, entschiedene Worte nimmt.

Die Arbeiterschaft wird danach vor allem diese Regierung beneiden. Denn für die Arbeiterschaft steht an der Spitze aller Forderungen jetzt die:

Fort mit Belagerungszustand und Ausnahmezustand!

Auf zwei Schultern!

Wirths Programm und die Forderungen der Sinnespartei.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Leipziger Zeitung führt zur kommenden Reichstags-Sitzung am 31. Mai u. a. aus, daß die Sommertagung lange dauern wird, denn es ist ein großes und wichtiges Material zu bewältigen. Es handelt sich um jene Vorlagen, die sich als Folgen der Annahme des Ultimatums ergeben und die dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen werden, sobald die Beratungen, die gegenwärtig innerhalb der Reichsregierung noch andauern, abgeschlossen sind. Es wird sich in erster Linie um Vorlagen finanzpolitischer Natur handeln, um die Erschließung neuer, großer Einnahmequellen, die die Bezahlung der Annuitäten, zu denen Deutschland sich verpflichtet hat, ermöglichen sollen. Ueber das Finanzprogramm wird in einer Regierungserklärung Mitteilung gemacht werden, die am 1. Juni erfolgen soll. Neben den wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Fragen, die den weitesten Raum einnehmen dürften, wird der Reichstagskanzler über das innerpolitische Programm der neuen Regierung sprechen. In eingehender Weise wird sich der Reichstagskanzler weiterhin zu wichtigen außenpolitischen Fragen, vornehmlich aber zur oberösterreichischen Frage, äußern. Im Anschluß an die Regierungserklärung soll eine politische Aussprache erfolgen, die ein Urteil darüber gestattet wird, ob die Regierung Wirth, die sich auf eine Koalition der Minderheitsgruppen stützt, für ihr Programm, vor allem für ihr Finanzprogramm, auf eine Mehrheit im Reichstags rechnen kann. Der Unterstützung der Unabhängigen scheint das Kabinett wenigstens bis zu einem gewissen Grade sicher zu sein. (Das hängt von dem Programm der Regierung ab! Red. d. L. V.) Für ein großes Fragezeichen hält man vor allem die Haltung der Deutschen Volkspartei. Wenn auch der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei in wichtigen Einzelfragen, so in der Steuerpolitik, sich abnehmend verhält, so ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die Mehrheit der Fraktion für eine wohlwollende Neutralität gegenüber dem Kabinett zu gewinnen wäre, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt würden. Diese sind erstens die Befreiung der beiden noch freien Reichsministerien, das der Finanzen und des Wiederaufbaues, durch Sachsen, zweitens eine Steuerpolitik, die sich von dem Diktatorismus der Erbschergen Politik fernhält und den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung trägt, und drittens eine Umkehrung der preussischen Regierung in der Weise, daß die Deutsche Volkspartei in die bestehende Koalition eintritt und einige Sitze im preussischen Kabinett erhält. In parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß unter diesen Bedingungen auf eine Unterstützung der Regierung Wirth durch die Deutsche Volkspartei zu rechnen wäre.

Die Androhung der Boh lassen erkennen, daß die Koalitionsverträge gern eine Regierung mit wechselnden Mehrheiten bilden möchten. Sie wissen, daß sie die Hilfe der Arbeiterschaft bei der Durchführung gewisser Teile des Ultimatums nicht entbehren können, möchten aber, wenn der Mohr seine Schuldigkeit gegen hochheilige Rechtsparteien, hinterher bei der Verteilung der Danks auch wieder mal gegen die Arbeiterschaft regieren. Für solches Geschäft wird sich die unabhängige Sozialdemokratie nicht hergeben. Sie wird das Programm der Regierung Wirth im Ganzen prüfen und danach handeln. Eine Politik, die gleichermaßen die Unterstützung der unabhängigen Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei finden kann, gibt es nicht, das mag Herr Wirth gesagt sein lassen.

Gespannt sein darf man auf die Rolle der Reichssozialisten!

Am 1. Juni Programmrede.

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie der Reichstagskanzler auf eine Anfrage des Reichstagspräsidenten mitgeteilt hat, wird die Erklärung der Reichsregierung über ihr Programm am zweiten Verhandlungstage nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages, also am 1. Juni, erfolgen. Das Reichskabinett ist gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, deren Hauptgegenstand die Reparationsfrage bildete.

Rosen in Frankreich nicht genehm?

Paris, 27. Mai. Der Matin veröffentlicht an der Spitze des heutigen Leitartikels folgende Notiz: Die französische Regierung hat der deutschen Regierung ihr Ersuchen darüber ausgedrückt, daß Dr. Rosen mit dem Amt des Außenministers betraut wurde. Dieser Nachricht folgt eine Schilderung der Tätigkeit Dr. Rosens, in der das Bild dieses Mannes in widersprüchlicher Weise verzerrt wird.

Die Meinung des französischen Heftblattes muß mit aller Vorsicht aufgenommen werden. Sie scheint zu den wiederholten Erklärungen Briands in der Kammer, daß er kein Recht habe anzunehmen, daß die deutsche Regierung oder einige ihrer Mitglieder sich ihren Verpflichtungen entziehen wollten, im Widerspruch zu stehen. Nichtsdestoweniger aber war es — wie auch die Anfeindungen, denen Rosen in der französischen Kammer ausgesetzt war, beweisen — ein der deutschen Diplomatie würdiges Geniesstückchen, in dem Augenblick, in dem sich in Frankreich eine verächtlichere Stimmung gegen Deutschland durchzusetzen scheint, Frankreich vor den Kopf zu stoßen, indem man einen Mann zum Außenminister wählt, bei der französischen Öffentlichkeit aus der Zeit des Marokko-Konfliktes her in der unangenehmsten Erinnerung ist und gegen dessen Ernennung zum Gesandten in Madrid die französische Regierung Einspruch erhoben hat.

Die erste Teilzahlung überwiesen.

Berlin, 27. Mai. Die Reparationskommission hat die erste Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark, die von der deutschen Regierung in Höhe von 150 Millionen Goldmark in Form von verschiedenen ausländischen Werten angeboten worden war, bekanntlich in Dollar verlangt. Wie wir hören, ist der Umtausch jetzt durchgeführt und die 150 Millionen Goldmark sind in Dollar vollständig an die Federal Reserve Bank in New York überwiesen worden.

Besprechungen über die Vierung der Holzhäuser.

Paris, 27. Mai. Die deutschen Sachverständigen hatten heute nachmittags eine Zusammenkunft mit Vertretern der technischen Abteilung des Ministeriums der besetzten Gebiete. Die französischen Sachverständigen gaben den deutschen Delegierten u. a. h. Einzelheiten über die Art und Beschaffenheit der Materialien, die zum Bau der 25 000 Häuser dienen sollen, deren Vierung von der deutschen Regierung vorgeschlagen ist. Eine weitere technische Versammlung wird morgen abgehalten werden.

Die Frage der Aufhebung der Sanktionen.

Paris, 27. Mai. Excelsior berichtet, daß sich der Oberste Rat, dessen Tagungstermin noch nicht feststeht, nicht nur mit der oberösterreichischen Frage befassen werde, sondern auch mit der Rücknahme der Kohlenhöfen auf dem rechten Rheinufer, sowie mit der politischen und finanziellen Lage, die durch die Annahme des Ultimatums in Deutschland geschaffen worden sei.

London, 27. Mai. Wie der diplomatische Berichterstatter der Daily News schreibt, scheint die Aufrechterhaltung der Zwangsmassnahmen, die Deutschland nach der Londoner Konferenz in der ersten Maiwoche auferlegt wurden, die öffentliche Meinung in Deutschland ganz mit Recht zu heutzutage. Die britische Ansicht gehe dahin, daß die Maßnahmen automatisch durch die Annahme der Bedingungen der Alliierten für Deutschland hinfällig würden. Frankreich sei jedoch ganz anderer Meinung.

Änderung der Resolution Knox.

Paris, 27. Mai. Wie Chicago Tribune aus Washington meldet, haben die republikanischen Mitglieder des Ausschusses des Repräsentantenhauses für Auswärtige Angelegenheiten die Vorlage einer Resolution Porter im Repräsentantenhaus für die nächste Woche beschlossen. Danach werde die Klausel, in der die Kriegserklärung an Deutschland widerrufen werde und die in der Resolution Knox so, wie sie im Senat angenommen wurde, enthalten gewesen war, ausgemergelt.

Korfanth unterwirft sich?

Paris, 27. Mai. Die Agence Havas meldet: Der Führer der polnischen Insurgenten, Korfanth, hat mitgeteilt, daß er die Waffen niedergelegt und die Autogewalt der internationalen Kommission anerkennt.

Paris, 28. Mai. (L.) Der Temps führt in einem Leitartikel aus: Seit gestern sei die Aufgabe der Verbündeten in Oberschlesien eine leichtere, da Korfanth und die Insurgentenführer sich bereit erklärt hätten, die Autorität der Internationalen Kommission anzuerkennen. Die Internationalisierte Kommission brauche allerdings reiche Streitkräfte, um sich Ordnung zu verschaffen. Die Unterstützung der Engländer durch 4 oder vier neuerdings gemeldet wird, 8 Bataillone reiche dazu allerdings nicht aus.

Der französische Imperialismus auf dem Rückzug.

Dieselbe französische Kammer, die Briand mit dem strikten Auftrag nach London geschickt hat, die Befreiung des Ruhrgebietes oder zumindest die Aufstellung von finanziellen Bedingungen zu erzwingen, die Deutschland niemals annehmen, die Bedingungen zu erfüllen könnte, hat heute ihrem Ministerpräsidenten das Vertrauen darüber ausgedrückt, daß er keinen von den Aufträgen erfüllt, weder die Befreiung des Ruhrgebietes noch die Verschärfung der finanziellen Bestimmungen des Pariser Abkommens durchgeführt hat. In dieser Tatsache drückt sich die gewaltige Niederlage, die der französische Imperialismus in London erlitten hat und die sich durch den verhängten Rückzug vor England in der oberösterreichischen Frage noch gesteigert hat, deutlich aus. Es ist die erste Niederlage des französischen Imperialismus seit dem Abschluß des Waffenstillstandes und sie wurde ihm in dem Augenblicke zuteil, da die englische Regierungspolitik einen scharfen Kurswechsel vornahm.

Das englische Parlament wurde wie das französische im Siegesrausch geboren. Die alte liberale, freihändlerische Politik, die noch bei Artensausbruch in Männern wie Asquith und Grey das Heft in der Hand hatte, wurde endgültig in die Opposition gedrängt und wie in Frankreich gefangen der extremste Imperialismus ans Ruder. Auf Grund dieser Selbstverwandtschaft war die Basis für eine Verständigung zwischen England und Frankreich gegeben. Sie fand ihren Ausdruck in den Friedensverträgen von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly und San Remo, deren westpolitischer Inhalt sich auf die Formel bringen läßt: Ausdehnung Europas an den französischen Imperialismus durch den Aufbau eines neuen Herrschafts- und Staatensystems, andererseits aber Erweiterung und Sicherung des englischen Kolonialsystems in Afrika und Vorder- und Südostasien. Diese Teilung der Interessensphären schenkte beiden Mächten so große Vorteile zu bringen, daß es ausreichte, als könnten ihre verschiedenartigen Interessen nicht in Gegensatz zueinander geraten, wenn jeder von ihnen dem anderen freie Hand in seiner Machtsphäre ließe. Diese Vereinbarung wurde auch bis in die letzte Zeit gehalten. England ließ Frankreich in Europa schrankenlos gewähren und ließ ihm zur Verfolgung seiner imperialistischen Pläne jederzeit seine moralische und wenn es notwendig war, auch seine militärische Unterstützung, obwohl es schon damals sich keinen Vorteil von den Wirkungen der französischen Politik versprechen konnte.

Das blieb so bis zur ersten Londoner Konferenz im Februar dieses Jahres, ja, die englische Politik der Unterstützung Frankreichs fand damals sogar ihren Höhepunkt, in dem Moment, als Lord George das letzte weitgehende Angebot Simons, das die Pariser Bedingungen für fünf Jahre akzeptierte, brüsk ablehnte und die Sanktionen, die auf dem Wege der in England stets mit Miktrauen verfolgten Annerkennungspolitik Frankreichs lagen, in Kraft treten ließ. Aber wie im Drama und in der Hegelschen Philosophie bedeutete der Höhepunkt auch zugleich den Umsturz. Und wie vollständig er war, läßt sich aus dem Vergleich zwischen der ersten und zweiten Londoner Konferenz auf den ersten Blick erkennen. England lehnte trotz des erbitterten Widerstandes Frankreichs eine wesentliche Milderung der finanziellen Bedingungen durch, es wehrte sich trotz der weit vorgeschrittenen Mobilisierungsmassnahmen Frankreichs erfolgreich gegen die Befreiung des Ruhrgebietes, es zeigte eine überraschende Festigkeit in der oberösterreichischen Frage und es wird ihm, falls die Reaktion in Deutschland, vor allem in Bayern, den französischen Imperialisten nicht neues Wasser auf die Mühle leitet, zweifellos auch gelingen, den Widerstand Frankreichs in der Frage der Aufhebung der Sanktionen zu brechen.

Woher diese plötzliche Wandlung der Dinge? Ihre Ursachen liegen zum Teil sicherlich in einer Veränderung der innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich selbst, hauptsächlich aber in einer Wandlung der innerpolitischen Machtverhältnisse und der außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Englands. Das Ersinken der englischen Arbeiterschaft, das keinen weltlich sichtbaren Ausdruck in den Erfolgen der Arbeiterpartei bei den Nachwahlen zum Parlament fand, die sich, ein warnendes Moneteil, von einem Male zum andern schickten, ging nicht spurlos an der englischen Regierungspolitik vorüber, die gewaltige Arbeitslosenbewegung, die im Gefolge der katastrophal hereinbrechenden Wirtschaftskrise im Winter dieses Jahres ausbrach und das kapitalistische Gefüge des Staates zu erschüttern drohte, jagte den herrschenden Klassen einen gewaltigen Schrecken in die Glieder und zwang sie dazu, den Kurs ihrer Außenpolitik zu wechseln. Die Arbeiterklasse war zur Erkenntnis gekommen und brachte auch die englische Bourgeoisie zur Erkenntnis, daß eine der ausschlaggebendsten Ursachen der Wirtschaftskrise die durch die imperialistische Ententepolitik künstlich herbeigeführte Verengung des Weltmarktes und Verwundung der Wirtschaftskraft des Kontinents sei. Sie lekte es

1921. 17. 1264